

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

28. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Gehäckelstr. 8/9 bis 6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Stresemann gegen Schiele.

Gegen wirtschaftliche Absperrung Deutschlands. — Tagung des Maschinenbaus.

Auf der heutigen Tagung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten nahm für den beurlaubten Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und im Namen der Reichsregierung und Preussens auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort. In seiner Rede klangen deutlich die Widersprüche hindurch, die die gegenwärtige Politik des Rechtsblocks deutlich erkennbar erfüllen. Besonders scharf brachte das der Reichsaussenminister für die

Schwierigkeiten der Handelspolitik

zum Ausdruck. Heute entscheide sich, ob im wirtschaftlichen Verhältnis der Völker ein Fortschritt, Stillstand oder ein Rückschlag erfolge. In den Vordergrund müsse die Erkenntnis gestellt werden, daß nur durch die weitestgehende Verflechtung der Staaten im Warenaustausch und der Handelsgewinne der größte Nutzen der Volkswirtschaft gefunden werden könne. Es sei ein schwerer Irrtum, daß einzelne Industrien glauben, sie hätten ein ausschließliches Recht auf den inneren Markt und die Regierung habe die einzige Aufgabe, dieser Auffassung zu dienen. Wenn danach gehandelt würde, dann würde Europa bald von dem tiefsten und engherzigsten Protektionismus erfüllt sein. In scharfem Gegensatz zu der kürzlich gehaltenen Rede des Reichslandschaftsministers Dr. Schiele, selbstverständlich ohne nur entfernt durch die Nennung des Gegenjahres den Widerspruch zu betonen, stellte Dr. Stresemann fest, daß es vor der wirtschaftlichen Vernunft

Keine deutsche Wirtschaftsautarkie geben könne.

Es sei aber auch unverständlich, wie es von manchen Seiten geschehe, von einer günstigen oder gar glänzenden Lage der deutschen Wirtschaft zu sprechen.

Es war kein glücklicher Gedanke des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, als den Hauptredner des Tages und gewisser-

maßen als den Repräsentanten der internationalen Wissenschaft vor seinen Mitgliedern den bekannten Professor Gustav Cassel sprechen zu lassen, der in seiner grundsätzlichen Auffassung über die Probleme der Weltwirtschaftskrise längst als fast komisch wirkender Eingänger erkannt worden ist und von weiten Kreisen der Wissenschaft abgelehnt wird. Im tiefsten Grunde sieht Professor Cassel alle Schwierigkeiten der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise darin, daß die Arbeit „ihre Beweglichkeit verloren“ habe und insbesondere für bestimmte Berufsgruppen zu hohe Löhne durchgeführt worden seien. Er steht auf dem Standpunkt, daß es nicht nur der Monopolismus einzelner Industrien, sondern auch der Monopolismus der Gewerkschaften sei, die die Beweglichkeit und die Fruchtbarkeit der Produktivkräfte hemmen. Die Fortdauer der Arbeitslosigkeit in Europa werde durch die künstliche Hochhaltung der Arbeitslöhne in gewissen Berufsgruppen ebenso gefördert wie durch die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Diese Denkwelt ist in seiner manifesten Dogmatik so verböhrt konsequent, daß es jeden Zusammenhang mit dem Leben und mit den Tatsachen der Wirtschaft verloren hat. Es kann nicht genug bedauert werden, daß der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der auf seinen früheren Tagungen keineswegs alles sozialpolitische Verständnis hat vermissen lassen, seinen Vereinsmitgliedern, die vielleicht ein einziges Mal im Jahre sich mit diesen Dingen beschäftigen, durch Professor Cassel ein so unzulängliches und bestenfalls nur für theoretische Diskussionen geeignetes Bild geben ließ.

Die dem Vortrage von Professor Cassel folgende Rede des Geschäftsführers Direktor Lange nahm insbesondere zur Lohnfrage und auch zur Frage der Eisenpreise Stellung. Bemerkenswert war die Schärfe, mit der Herr Lange insbesondere auch sich gegen den Partikularismus und für eine zentralisierende Verwaltungsreform in Deutschland einsetzte.

Wir kommen auf die Ausführungen Langes noch kritisch zurück.

Dieser Mann, den die Seinen mit der Gloriole des treu-deutschen, geradsinnigen Helden umgeben, ist in Wirklichkeit ein Muster von Verschlagenheit!

Ein Ausrufungszeichen.

In seinem Bädner hatte Ministerialrat Schöner von den Männern der DC. gesprochen, die mit den Worten an Erzberger und Rathenau Deutschland schweres Weh zugefügt haben. Hinter die Worte „schweres Weh“ setzt der Bericht der „Deutschen Zeitung“ in Klammern ein höhnisches Ausrufungszeichen. Die Wortgeißelung der Rechtsradikalen durchbricht mit Elementargewalt alle schönen Versicherungen.

Vor der Wiedereroberung von Hankau?

England erwägt, die verlorene Konzession mit Waffengewalt wieder zu erobern.

London, 28. April. (WTB.) Zu dem besonders von den Engländern in China gemachten Vorschlag, die britische Konzession in Hankau wieder zu besetzen, schreibt „Times“, die Argumente für und wider einen solchen Schritt würden zurzeit in London erwogen; es würden weitere Erkundigungen bei verantwortlichen britischen Kreisen in China eingezogen.

Die „Westminster Gazette“ erklärt: Da das Steigen des Wasserpiegels des Jangtsi es jetzt größeren Kriegsschiffen ermöglicht, stromaufwärts zu fahren, ist ein energisches Vorgehen Großbritanniens in diesem Gebiete wahrscheinlich.

Wer trägt die Verantwortung?

London, 28. April. (WTB.) Vertinaz schreibt aus Paris: Die fünf Mächte scheinen bei dem Entwurf einer Antwort an die Hankauer Regierung die größten Schwierigkeiten zu haben. Anscheinend ist der chinesische General, der die dritte kantonesische Armee befehligt und die direkte Verantwortung für die Kantinger Verbrechen trägt, auch von General Tschiangkaiſchek abgefallen und zur Hankauer Regierung übergegangen. Infolgedessen besteht folgende Lage: Einerseits erklärt die Hankauer Regierung, daß sie nicht die Verantwortung für etwas übernehmen könne, was unter einem General geschehen sei, der die Befehle Tschiangkaiſcheks ausführte. Tschiangkaiſchek aber wird das Argument vorbringen, daß er alle Gewalt über die Hauptschuldigen verloren habe.

3000 Gewerkschaftskundgebungen.

Die Mailkampagne der englischen Arbeiterschaft.

London, 28. April. (WTB.) Der Gewerkschafts-Verteidigungsausschuß des Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei hat heute abend ein Manifest gegen die Gewerkschaftssozialisten veröffentlicht, das bei den Mailkäufer-Kundgebungen im ganzen Land verlesen wird.

Am 1. Mai werden über 3000 Kundgebungen veranstaltet werden, die zu einem Massenprotest gegen die Gewerkschaftssozialisten benutzt werden sollen.

Eine Gegenaktion der Unternehmer.

London, 28. April. (TL.) Der britische Industriellenverband hat den Ministerpräsidenten gebeten, eine Abordnung zu Besprechungen über die Gewerkschaftssozialisten zu empfangen und auf die Einberufung einer Konferenz von Arbeitgebern und Vertretern der Gewerkschaften zu verzichten.

Das Amalien-Bad.

Eine symbolische Schöpfung des roten Wien.

V. Sch. Wien, 26. April.

Schwarz von Menschen war am Vorabend der Wahl der weite Platz am Raschmarkt, wo das größte Freiluftkino der Sozialdemokratischen Partei von sieben bis zehn Uhr abends fünf verschiedene Filme vorkührte, die insbesondere die Leistungen der roten Gemeinde Wien auf bautechnischem und sozialem Gebiete beweisen. Kopf an Kopf gedrängt, stand die vieltausendköpfige Menge, blickte auf die klammernde Leinwand und lauschte den Klängen einer Orchestermusik, die durch mehrere Lautverstärker weithin getragen wurde. Immer wieder rissen die künstlerisch sehr schönen Bilder die Masse zu Beifallskundgebungen hin. Nur wenn Szenen aus der Kriegszeit oder des praffenden Luxus der Inflationsgewinner gezeigt wurde, ertönte wildes Pfeifen. Immer aufs neue führten die Filme den schreienden Gegensatz zwischen dem alten, häßlichen Wien der Habsburger vor Augen, das nur für die Reichen sorgte und die Armen der Tuberkulose auslieferte, und dem neuen, aufstrebenden Wien der Sozialdemokraten, das Gesundheit, Glück und Schönheit dem Proletariat mit vollen Händen spendet. Besonders die Fürsorge für die Kinder erweckte große Begeisterung. Und als, ganz am Schluß, in reizenden Aufnahmen gezeigt wurde, wie eine proletarische Kinderschar unter Führung eines Junglehrers nach fröhlichem Getummel auf den Hängen des Kobenzl bei Wien in die Stadt zurückmarschiert, da spielte die Musik das Lied der Kinderfreunde und 20 000 Köpfe sangen freudig-begeistert mit: „Wir sind jung und das ist schön!“

Den allerstärksten Beifall hatten die Bilder des Amalien-Bades erweckt. Wiener Genossen klärten mich über die Gründe dieser ganz besonders lebhaften Begeisterung auf: Der Bau dieser riesigen, mit den modernsten Einrichtungen versehenen Badeanstalt mitten im ärmlichen Proletariatsviertel Wiens habe die besondere Wut der Bourgeoisie gegen die rote Gemeindevverwaltung erregt. Wochenlang habe die bürgerliche Presse in der übelsten demagogischen Weise über die Vergeudung von Steuergeldern durch Seß und Breinert gezeckert — dieselbe Presse, die bemüht gewesen war, die Korruptionskandale der Christlich-sozialen und Großdeutschen zu vertuschen und die Verwendung von mehr als 60 Millionen Mt. Steuergeldern zur Sanierung von verfallenen Banken zu beschönigen. Je mehr aber das Bürgertum gegen das Amalien-Bad weiterte, je gemeiner und verlogener seine Angriffe wurden, desto stolzer wurden die die Wiener Proletarier auf diese Errungenschaft ihrer Selbstverwaltung. Und auch solche Arbeiter, die in einem ganz entgegengesetzten Viertel wohnen und von dem Bad überhaupt nichts haben, ja, es überhaupt noch nie gesehen haben, hängen mit besonderer Liebe an diesem Werk, das zum Wahrzeichen der Wiener proletarischen Macht und Kultur geworden ist.

„Ganz oben in Favoriten!“ war mir gesagt worden und ich ging schon deshalb hin, weil ein rein subjektiver Grund mich dazu reizte. Favoriten! Wie oft war ich im scheußlichen Winter 1916/17 durch die dunklen, schmutzigen Gassen dieser ausgesprochenen Proletariatsstadt als Soldat mit meiner Kompanie marschiert, um auf dem Laaer-Berg zu exerzieren. Jeden Morgen um sechs Uhr schritten wir bei zwanzig Grad Kälte durch dieses düsterste Viertel Wiens, wo die abgemagerten, frierenden Proletarierfrauen in endlosen Reihen vor den Bäcker-, Fleischer- und Milchläden standen. Und wenn wir, nach getaner, stumpfsinniger Exerzierarbeit im grauen Ritsasnebel zur Kaserne zurückmarschierten, da waren die Polonäsen noch immer nicht beendet. Traurige Erinnerungen an eine furchtbare Zeit, die natürlich auch die Hausfrau vom Wedding oder im Moabit mit den gleichen Leiden durchgemacht hat. Aber wie leicht werden diese Zeiten vergessen! Und es war kein geringes Verdienst der sozialdemokratischen Filmpropaganda, daß sie in einigen wirkungsvollen Bildern die Wählerinnen und Wähler an diese kaiserlich-königliche Vergangenheit mahnte, um den Gegensatz mit dem heutigen, aufstrebenden republikanischen Wien um so wirksamer erkennen zu lassen.

Ich ging nun wieder nach zehn Jahren durch dieselben Straßen von Favoriten. Das Gesamtbild der Häuser hat sich nicht viel geändert. Es sind dieselben entsetzlichen Mietkafernen, hinter deren grauen, vielfach noch nicht renovierten Fassaden das Elend und die Tuberkulose raffiert. Nur die Schilder sind vielfach neu gemalt und die Schaufenster wieder gut ausgestattet. Aber der Gesamteindruck bleibt derselbe: hier leben hauptsächlich die Mühseligen und Beladenen, für die nichts geschieht, wenn sie sich nicht aus eigener Kraft helfen.

Und nun — mitten im Häusermeer, im letzten Teil der Favoritenstraße, ein weiter Platz, nach dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens, Jakob Neumann, benannt. Und auf dem Platz ragt der monumentale Bau des Bades empor, dessen Turmuhr über die anliegenden Dächer, weithin sichtbar, die neue Zeit verkündet. Nach einer sozialdemokratischen Stadtverordneten, Amalie Pölzer, die in Favoriten wirkte und im Dezember 1924 starb, ist dieses Werk benannt worden. Sie hatte ihr Leben den Hilfsbedürftigen ihres Geschlechtes gewidmet, ihr Name war über den X. Bezirk oder jedenfalls über Wien kaum hinausgedrungen — jetzt ist sie im wahren Sinne des Wortes verewigt,

Ehrhardt, der Bußfertige.

Was sind seine Beteuerungen wert?

In Leipzig erhält sich das Gerücht, daß Kapitän Ehrhardt, um die verlorene Position des „Wiking“ zu retten, in seinem morgigen Schlusswort eine programmatische Erklärung abgeben wird, durch die er jeglichen Putschismus in Abrede zu stellen gedenkt. Eine derartige Erklärung Ehrhardts wäre nicht die erste, aber es lohnt sich, aus einem früheren Vorkommnis den Wert Ehrhardtscher Versicherungen kennen zu lernen. Am 4. Oktober 1921 druckte die „München-Mugsburger Abendzeitung“ eine Zuschrift Ehrhardts ab, die wir mit geringen Kürzungen im Wortlaut wiedergeben:

Seit den Kapp-Tagen wird von Zeit zu Zeit mitgeteilt, daß ich mich mit dem Gedanken an einen neuen Kapp-Putsch trage. . . In letzter Zeit scheinen . . . ernste und in Verantwortung stellen stehende Männer diesen Alarmnachrichten Glauben schenken zu wollen, daß eine gewisse Beunruhigung Platz greift. Ich erkläre demnach:

1. Ich habe nach dem mißglückten Kapp-Putsch keinerlei Bedürfnis, mich noch an solchen unvorhergesehenen (von uns gesperrt. Red. d. „A.“) Plänen erneut zu beteiligen.

2. Ich sehe ganz klar, daß ein neuer Putsch zum Scheitern verurteilt ist. Das Bürgertum ist zerrissener denn je; die Rachtmittel des Staates sind im Vergleich zum März 1920 erheblich gesenkt; die Führer denken nicht daran, ihr sicheres Brot zu riskieren.

3. Ich halte es für ein Verbrechen an der Nation, jetzt, wo schwache Aussicht besteht, unsere Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, . . . durch einen Gewaltakt störend oder vernichtend in diesen Prozeß einzugreifen.

4. Die Einsetzung meiner Person als Putschist, ganz gleich, ob das Vaterland dabei in Scherben geht, verbitte ich mir. Ich habe keinerlei ausflüchtliche Ueberzeugung, dem Vaterland zu helfen, den Kapp-Putsch mitgemacht. Ich habe daraus meine Lehren gezogen. Trotz aller Hehe gegen meine Person erkläre ich hiermit, daß ich nie mehr etwas unternehmen oder zu etwas die Hand bieten werde, was unserem Lande, unserem Volke zum Schaden gereicht.

5. Ich bitte, mich endlich außerhalb der öffentlichen Diskussion zu lassen.

6. Ein Fingerzeig für die Regierung: Alle Männer, die verbannen, fern der Heimat leben, sehnen sich nach der Heimat zurück und nach friedlicher (von uns gesperrt. Red.) Arbeit. Weßhalb gewährt man ihnen das nicht, wo selbst sozial amnestiert wird? Die Sorge um ihr Tun und Treiben ist dabei gegenstandslos.

Hochachtungsvoll

Ehrhardt, Korvettenkapitän.

Die Zweideutigkeit und Unwahrhaftigkeit des Schreibens liegt auf der Hand. Ehrhardt gibt sich den Anschein, Putschist zu verurteilen. In Wirklichkeit verurteilt er nur den unvorhergesehenen und aussichtslosen Putsch — genau wie er das später in den Programmklärungen des Wiking tut. Seine Bitte, in Ruhe gelassen zu werden, gegen das Versprechen, nichts mehr zu unternehmen, wird schlagend illustriert durch sein Verhalten beim Hitler-Putsch 1923 und durch die Gründung des Wiking. — Von seinem und der Prinzessin Hohenlohe Weineid ganz zu schweigen.

denn eine schlichte Marmorplatte wird den Besucher noch nach vielen Generationen über den Ursprung dieses Namens aufklären.

Eine Beschreibung des Inneren dieses Bades würde sich zwar lohnen, aber ganze Spalten in Anspruch nehmen. Es sei nur gesagt, daß es zurzeit in Europa kaum eine Badeanstalt geben dürfte, die in solchem Maße mit allen Errungenschaften der modernsten Hygiene ausgestattet ist. Allein im Schwimmbad, dessen kristallklares Wasser bis zu fünf Meter tief ist, können sich 670 badende Menschen gleichzeitig aufhalten. Daneben gibt es noch Dampf-, Wannen-, Heißluft- und Brausebäder, ärztliche Sprechzimmer usw. Was an „Luzus“ für die Körperpflege usw. selbst die Reichsten vermessen, das ist mit voller Absicht von der roten Gemeinde Wien für die Ärmsten in der ärmlichsten Gegend geschaffen worden. Daher die Wut des Bürgertums — daher der Stolz der Arbeiterschaft auf ihr Amalien-Bad.

An der Fassade dieses Baues — wie überhaupt aller städtischen Bauten — ist in roten Lettern zu lesen: „Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924—1926 aus den Mitteln der Wohnbausteuer.“ Sicher leisten aus Berlin und andere deutsche Städte unter ganz anderen, schwierigeren reichsgefehlten Bestimmungen Großes und Sehenswertes. Aber eines muß man unseren Wiener Genossen lassen: die Propaganda für das von ihnen Beschaffene verstehen sie ungleich besser als wir; und sie haben auch nicht die gleiche Angst vor dem „Personenkultus“, die in Deutschland in Parteifreien vorherrscht und die Werbearbeit für die Partei oft behindert.

Soweit das Bürgertum die Arbeit unserer Genossen nicht in böder Weise verleumdet und verspottet, versucht es, sie zu ignorieren. Aber vergebens! Eindringlich, fast ausdringlich erinnert die rote Gemeinde den Freund und den Feind auf Schritt und Tritt an das, was sie für das Volk leistet, und sie macht dadurch, wie das Wiener Wahlergebnis beweist, aus Zehntausenden der Feinde von gestern Freunde von heute, Mitglieder von morgen. Man mag zum Prinzip des rabulalen Mieterschutzes stehen, wie man will. Selbst die Bürgerlichen müssen zugeben, daß keine Aufhebung eine sofortige Wirtschaftskatastrophe bedeuten würde; denn sie würde weit höhere Löhne bedingen, die bei der jetzigen Wirtschaftskonjunktur unmöglich sind bzw. den Ruin der österreichischen Industrie zur Folge hätten.

Jedenfalls hat die Sozialdemokratie dank der einflussreichen Enteignung des Grundbesitzes die Möglichkeit gehabt und glänzend ausgenutzt, praktische Arbeit für das Volk zu leisten. Und praktische Arbeit wird immer verstanden und immer belohnt!

Abschied von Rosenberg.

Verleumdungen und Schimpfereien hinterher.

Die „Rote Fahne“ sieht sich endlich genötigt, ihren Lesern mitzuteilen, daß der bisherige Führer der kommunistischen Reichstagsfraktion, Dr. Rosenberg, die kommunistische Partei verlassen hat. Allerdings kann sie es auch heute noch nicht über sich bringen, das Schreiben abzudrucken, mit dem Dr. Rosenberg seinen Austritt begründet hat. Sie ersieht vielmehr, wie es ganz ihrer Art entspricht, die sachliche Berichterstattung durch eine Häufung von Schimpfereien und Verleumdungen. Sie nennt den Austritt Rosenbergs „eine feige Desertion“. Als ob zu dem Geschäft, das die Stoeder und Koenen treiben, auch eine Spur von Mut gehörte! Dann aber läßt sie sich folgendes schreiben:

Es konnte in der letzten Zeit wiederholt beobachtet werden, wie Herr Rosenberg im Reichstag sich in sehr eingehenden Unterhaltungen mit den Herren Stämpfer und Dr. Landsberg von der SPD. erging. Und wie Herr Rosenberg in der letzten Zeit auf der Tribüne des Reichstags hörte, konnte deutlich aus seinen Ausführungen entnehmen, daß er sich bereits völlig der sozialdemokratischen Fraktion anpaßt. Wenn Herr Rosenberg er-

kärt, daß er sein Mandat mit Rücksicht auf seine Wähler weiter behält, so ist dieses Verhalten nur von der Bedingung diktiert, die ihm von der sozialdemokratischen Fraktion bei dem Schacher vorgeschrieben wurde und worauf ihm als Gegenleistung eine finanzielle einträgliche Stellung in Aussicht gestellt wurde.

Die Behauptung, daß zwischen Dr. Rosenberg und Vertretern der sozialdemokratischen Partei irgendwelche Verhandlungen stattgefunden hätten und insbesondere, daß Rosenberg „eine finanziell einträgliche Stellung in Aussicht gestellt“ worden sei, ist nichts als eine völlig erfundene Lüge. Vielleicht gibt es andere Führer der SPD, die käuflich sind — die „Rote Fahne“ scheint ja dergleichen für ganz selbstverständlich zu halten — aber es besteht kein Grund, Dr. Rosenberg mit solchen Kreaturen auf eine Stufe zu stellen.

Mehr in das Gebiet des Humors gehört die Behauptung der „Roten Fahne“, Rosenberg habe sich in den Reden, die er in der letzten Zeit im Reichstag gehalten habe, „bereits völlig der sozialdemokratischen Fraktion angepaßt“. Rosenberg hat in den letzten Monaten so ziemlich in allen großen Debatten für die SPD das Wort geführt. Die „Rote Fahne“ hat alle diese Reden in größter Aufmachung abgedruckt. Und jetzt stellt sich heraus, daß diese von ihr selbst als ganz „marxistisch-leninistisch“ ausgegebenen Reden bereits „völlig der sozialdemokratischen Fraktion angepaßt“ waren. Daß Rosenberg bis jetzt als Vertreter der deutschen Kommunisten der Exekutive der Moskauer Internationale angehört und noch in der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive eine formelle Anerkennung für seine Haltung erhielt, daß er seine Mitgliedschaft im Exk nur durch seinen Austritt verliert und daß er noch bis zuletzt als Versammlungsredner für die SPD bestimmt war, läßt die „Rote Fahne“ einfach unter den Tisch fallen.

Immer wieder staunt man über das Publikum, das solche Leistungen erträgt!

Rosenbergs Abwehr.

Dr. Rosenberg ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

„Die „Rote Fahne“ hat zwar nicht den Mut, mein Austrittsschreiben ihren Lesern mitzuteilen. Aber sie behauptet dafür, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mich als „Gegenleistung“ für mein Ausscheiden aus der SPD, „eine finanziell einträgliche Stellung in Aussicht gestellt“ habe. Ich habe es nicht nötig, vor der Berliner Arbeiterschaft diese freche Lüge zu dementieren. Aber ich muß begründen, warum ich gegen die „Rote Fahne“ keinen Strafantrag stelle: es liegt mir nichts daran, den armen Teufel, der die betreffende Nummer der „Roten Fahne“ verantwortlich zeichnet, ins Gefängnis zu bringen, während die dunklen Ehrenmänner, die jene Notiz verfaßten, wie gewöhnlich im sicheren Hintergrund bleiben. Aus diesem Grunde werde ich künftig auf keinen Angriff der „Roten Fahne“ mehr antworten.“

Die Stützen der Grundstücksspekulanten.

Die Beratungen des Städtebaugesetzes.

Der 29. Ausschuß des Preussischen Landtags hat in dieser Woche an vier Tagen über den Entwurf eines Städtebaugesetzes weiter beraten. Nach einem früher mit Mehrheit der bürgerlichen Parteien gefassten Beschluß mußte erst die Entschädigungsfrage gelöst werden. Es sollte klar gestellt werden, ob die Grundstückbesitzer, die durch Flächenaufstellungspläne der Gemeinden in der Ausübung ihrer Grundstücke beschränkt werden, für diese Beschränkung entschädigt werden sollen. Nach dem bisher auf diesem Gebiet maßgebenden Fluchtliniengesetz von 1875 besteht ein solcher Entschädigungsanspruch nicht, oder doch nur in Ausnahmefällen.

Die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen wollten aber den allgemeinen Entschädigungsanspruch der Grundbesitzer im Städtebaugesetz festlegen und stellten dementsprechende Anträge zu § 119 des Entwurfs, der die generellen Bestimmungen über die Entschädigungsgrundsätze enthält.

Diese Anträge wurden aber in der Sitzung des Ausschusses am Montag abgelehnt; gegen sie stimmten außer den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Demokraten und das Zentrum.

Die Rechtsvertreter waren offenbar über die Ablehnung durch das Zentrum sehr enttäuscht. So groß war ihnen diese Ueberzeugung, daß sie sich mit der nunmehr gegebenen Tatsache nicht abfinden vermochten und durch allerhand Winkelzüge Geschäftsordnungsdebatten und neue Anträge die Entschädigungsfrage doch noch in ihre Sinne umzubiegen versuchten.

Die Rechte verfehlte sich jetzt darauf, daß durch das Städtebaugesetz auch noch andere Nutzungsbeschränkungen für den Grundbesitz eintreten könnten und daß man erst festlegen müsse, ob dafür die Besitzer von den Gemeinden entschädigt würden. Deutschnationale, Wirtschaftsparteier und Deutsche Volkspartei kämpften dabei um angebliche Interessen des Grundbesitzes und des Grundstückspekulanten mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig war. Ein und einen halben Tag dauerten die Auseinandersetzungen, ehe unsere Genossen im Ausschuß mit ihren Darlegungen durchdrangen, daß man doch unmöglich Entschädigungsansprüche festlegen könne für etwas von dem noch gar nicht feststehe, ob es in das Gesetz hineinkomme.

Dann erst wurde in die sachliche Beratung des Abschnitts I des Gesetzesentwurfs, Flächenaufstellungspläne, eingetreten. Der Hauptstreitpunkt bei dieser Materie, bei dem die Meinungen auseinandergehen, ist der, ob die Gemeinden bei der Flächenaufteilung im Interesse der städtebaulichen Entwicklung freie Hand haben sollen oder unter die Vormundschaft einer übergeordneten Instanz gestellt werden sollen. Unsere Genossen traten für die freie Betätigung der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände ein, aber eine Mehrheit ließ sich dafür nicht finden, wenn auch die völlige Anhebung des Selbstverwaltungsrechts in dieser Frage, wie sie die Anträge der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei wollten, abgelehnt wurde. Der Ausschuß vertagte sich, ohne diese Frage endgültig entschieden zu haben. Spätere Beratungen werden hierüber wie über manche andere Frage der Selbstverwaltung, die mit dem Städtebaugesetz zusammenhängen, Klarheit schaffen müssen.

Nur noch 7 Prozent unter der Mehrheit.

Bauer sagt: Das nächste oder das übernächste Mal ist die bürgerliche Mehrheit gebrochen.

Wien, 28. April. (U.) Der Führer der österreichischen Sozialdemokraten, Dr. Otto Bauer, erklärte in einer Rede: Dr. Seipel habe die großdeutschen Mandate gerettet, dafür aber christlich-soziale verloren. Wenn die bürgerlichen Parteien in diesen Wahlkampf einzeln aufmarschiert wären, hätten die Sozialdemokraten drei, sondern sieben Mandate erobert. Seit 1920 habe die österreichische Sozialdemokratie um sieben Prozent zugenommen. Es fehlten nur noch weitere sieben Prozent zu ihrer Macht im Staate. Wenn noch ein- oder zweimal gewählt sein wird, werde es mit der bürgerlichen Regierung zu Ende sein.

Die Balkanspannung.

Mussolini streitet das Vorhandensein eines Konfliktes ab.

London, 28. April. (W.B.) Zur albanischen Frage schreibt „Times“: In London wurde von vornherein die Ansicht vertreten, daß die Frage am besten durch direkte Verhandlungen zwischen der italienischen und der jugoslawischen Regierung erledigt werden würde. Mussolinis Antwort auf die englischen Anregungen ist jetzt in London eingetroffen. Danach ist die Ansicht der italienischen Regierung: Wenn auch die Tatsachen die Notwendigkeit der ursprünglichen Warnungen Roms vollaus bestätigt haben, existiert gegenwärtig kein „Zwischenfall“, der erörtert werden könnte. Die Beziehungen zwischen Rom und Belgrad haben keine Unterbrechung erfahren, und wenn der jugoslawische Gesandte in Rom irgendeine Mitteilung zu machen wünscht, wird diese in sehr freundschaftlichem und gut nachbarschaftlichem Geiste entgegengenommen werden. Der Vertrag von Tirana aber ist zwischen Italien und Albanien in voller Ausübung seiner Souveränitätsrechte abgeschlossen und vor seiner Ratifizierung durch das albanische Parlament ausführlich erläutert worden, und da er in keiner Weise gegen irgendeinen anderen Staat gerichtet ist, kann seine erneute Erwägung nicht in Frage kommen.

Lichtstrahlen im Gefängnis.

Von Karl Sudert.

Die Bedenken waren überwunden: den Insassen des Gefängnisses sollte eine frohe Stunde bereitet werden. Wierzig Mann zogen hinaus an die Grenze der Großstadt, wo ihr Brausen nur gedämpft noch klingt. Der Sonntag mit seinem Sonnenschein und den Vorfrühlingsstürmen gab die rechte Stimmung zum Freudebereiten. Heller Schein lag über den Anstaltsbauten, und von den vielen Spaziergängern, die an dem Gefängnis vorbeiwanderten, richtete wohl kaum einer den Blick dahin, wo mehr als tausend Menschen dem Geschicksfeld der Welt entrückt sind. Ein eigenartiges Gefühl überließ uns doch, als wir am Eingang die Kontrollmarke erhalten hatten und sich das Tor hinter uns schloß: Wir sollten einen Einblick haben in eine Sphäre, die uns bisher nur vom Hören bekannt war. Trotz Frühlingssonne und Frühlingssturm spürten wir den Unterschied zwischen der freien und der Gefängnisluft. Wierzig Mann eines Kreises von Musikfreunden wollten den vom pulsierenden Leben Abgeschlossenen durch Musik das graue Dasein etwas erleichtern.

In der Anstaltskirche waren sie versammelt, etwa 600 Menschen, alte und junge, kraftfrohe und verbrauchte Gestalten. Weiße Köpfe und blonde Köpfe nebeneinander. Wiens der Insassen sah man es an, daß das Verdrehen nicht ihr Lebensberuf ist, daß aus irgendwelchen Gründen ihr gerader Weg getreuzt wurde von einem Verwahrer, dem sie nicht zu widerstehen vermochten — und daß sie nun, abgeschlossen von der Welt, über ihr Schicksal nachdenken müssen. Bevor wir unsere Plätze eingenommen hatten, sah ich einen vorzeitigen Schmetterling, der sich in dem weiten Kirchenraum gefangen hatte und an den geschlossenen Fenstern versuchte, hinaus in die Freiheit zu gelangen. Ich weiß nicht, ob einige von den gefangenen Menschen dieses kleine Intermezzo beobachtet haben. Trotz vieler Fehlerstunden, die durch eine neue Zeit den hinter Mauern sitzenden Menschen geboten werden, gab es bisher noch kein Orchesterkonzert, und darum wurden wir wohl besonders freudig begrüßt.

Nachdem Stads weißevolle Duvettüre zur Oper „Aphigenie in Aulis“ verklungen war und die Begeisterung durch spontanes Erheben von den Plätzen gedankt hatte, sahen wir viele Augenpaare, die einen Ausdruck angenommen hatten, als hätten sie ihr Leid überstanden. Mozarts „Deutsche Tänze“, Bizets „Carmen“ und Mascagnis „Cavalleria rusticana“ und ein Präludium für Violine solo — alle diese Melodien, an denen sich wohl so mancher früher schon erbaut haben mochte, gingen diesen zu Herzen. Mit Inbrunst verfolgte jeder von uns, die wir die Musik nur aus Liebhaberei betreiben, in sein Instrument alle Liebe hineinzulegen, um allen eine wirkliche Feierstunde zu gewähren. Und die vielsache Bitte: „Kommen Sie bald wieder“, die man an uns beim Verlassen der Kirche richtete gab uns den Beweis, daß unsere bescheidene Kraft

geholfen hat, einen Lichtstrahl zu werfen hinter Mauern, wo sich sonst der graue Alltag eingenistet hat. Wir spürten es, daß selbst die, die gestern noch Gegner des Gefängnisorchesters waren, sich der Macht der Musik, die zu den Seelen vieler unglücklichen Menschen gesprochen hat, nicht mehr verschließen konnten und daß auch sie sich mit Freude an dieser Tat beteiligt hatten.

IX. Sinfonie.

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain vereinigte sich der „Gemischte Chor Groß-Berlin“ mit dem Sinfonieorchester zu einer nachträglichen Beethoven-Feier von besonderem Glanz. Ist es schon als ein hervorragendes Zeichen musikalischer Kulturarbeit zu buchen, wenn ein Arbeiterchor die Klappen des Freudensymnus aus der 9. Sinfonie mühselos umlegt, daß er in gefährlichen Regionen der Stimmung ohne Belästigung stark durchhält, so ist das Entscheidende doch der Wille, der Geist, die Führung des Gesamtapparates. Ich habe Jascha Horenstein vor etwa zwei Jahren an dem Kolof der 9. Sinfonie (straucheln sehen, ich habe das Sinfonieorchester in schäffer Haltung zugehört. Furcht und Zöghaftigkeit aber ziehen technische und tonliche Mängel hinter sich, und das Festwerk des Auserwählten wird zur mühseligen Werkelei. Davon war nun gar nichts mehr zu spüren. Orchester und Dirigent sind in diesen Jahren der Arbeit an sich selber gewachsen, sie sind zu sich selber gekommen. Man mag am Adagio noch immer das Fehlen der Tonfülle in einem gar zu gedehnten Tempo bemängeln: Der große Zug des Allegro erschütterte, und das Scherzo sprang mit einer Leichtigkeit dahin, daß die dynamischen und Zeitmaßrückungen wie ein flüssiger Ausgleich klangen. Das Werk war durchlebt, es war in seinen Einzelheiten studiert bis zum großen Berges des Stabiums, und ein Mann von bestem artistischem Können, von noch größerer seelischer Lebendigkeit, von wahrerem Impetus gab sich bekannt dem herrlichen Wurf hin. Er wächst mit dem Wachsen der Aufgaben. Solche dämonischen, sich selbst ruinierenden Musikanten sind selten. Man sollte den wenigen, zu denen Horenstein zählt, immer größere Aufgaben stellen. Ein gelegentliches Fiasco ist immer noch wertvoller als ein Dauererfolg bei den Allweltskapellgeößen. Ein höchst sauberes Quartett (a. Stetten, Lindberg, Roe, Korst) unterführte Horenstein und half am Erfolg mit.

Die erste deutsche Friedensausstellung. Von den Münchener Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und des Friedensbundes Deutscher Katholiken ist eine Ausstellung geschaffen worden, die seit dem 22. April unter allgemeiner Aufmerksamkeit in München gezeigt wird. Sie hat zum Thema die Friedensbewegung und Friedensarbeit in allen Ländern und besteht aus 12 großen Abteilungen, enthaltend Dokumente über das Geschehen des Weltkrieges, und zwar Photographien, künstlerische und graphisch-statistische Darstellungen. Es ist veranschaulicht, wie viele Menschen den Krieg geführt haben, wie viele Opfer er gekostet hat an Gefallenen, Verwundeten, Invaliden und Vertriebenen, was zerstört worden ist an Fabriken und Wohnhäusern, und es ist an zwei Beispielen — Bekämpfung der Wohnungsnot und Fürsorge für die Opfer des Krieges — gezeigt,

welche positiven Leistungen mit den riesigen Summen ermöglicht werden könnten, die die Länder der Welt auch heute noch für ihre militärischen Rüstungen und damit für den nächsten Krieg ausgeben. Der weitaus größere Teil der Ausstellung ist der positiven Arbeit gegen den Krieg gewidmet. Er beginnt mit einer Uebersicht über die Organisation und bisherige Tätigkeit des Völkerbundes, dann folgen Weltkarten, Plakate, Publikationen und Darstellungen über die großen Weltorganisationen, den Weltverband der Völkerbündigen, die Interparlamentarische Union und das Genfer Friedensbureau. Eingeschaltet ist in diese Reihe der Ausstellung sehr interessantes Material über die Tätigkeit der internationalen Kinderhilfe und das große Hilfswerk der Quäker.

Befreundete Organisationen, wie die Esperanto-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam, haben ebenfalls Plakate und Dokumente über ihre Beteiligung an der Arbeit für den Frieden ausgestellt. Ein besonderer Raum ist der Arbeit der pazifistischen Erzieher gewidmet; es ist das Material des Internationalen Arbeitskreises für die Erneuerung der Erziehung und des Internationalen Bureaus für Erziehung in Genf ausgestellt.

Die Ausstellung wird im Anschluß an die Münchener Zeit in ganz Deutschland gezeigt werden, die Organisation der Wanderausstellung hat die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Friedensgesellschaft (Berlin SW. 68) übernommen.

„Sinfon und Dalia.“ Das „Theater in der Klosterstraße“ führt seinen Kampf gegen die Indifferenz des Publikums und gegen die Seichtheiten der sogenannten vollstündigen Theater weiter. Ewen Langes Tragikomödie „Simson und Dalia“ steht gewiß über dem Niveau der Durchschnittsarbeit und auch die Darstellung konnte sich sehen lassen (wenn man sie auch nicht mit der des Renaissance-Theaters von ehemals vergleichen soll). Der Dichter, der sich vor der Welt und dem Weib insbesondere in seine Kunst stürzt, ist das Thema, das darin mit nicht alltäglicher Psychologie aufgegriffen wird. F. W. Kaiser gab sich rechtliche Mühe, äußerlich den Bohemien und innerlich den reizbaren Herrenmenschen zu charakterisieren. Das Schicksal der Schlang Dalia lieb Ellen Tiez ihre Reize. Besonders der zweite Akt (mit der Bühnenprobe), der stärkste im Drama, fand kräftigen Beifall.

„Jan der Wunderbare.“ Am Rahmen des Gallois von Friedrich Kahler geht am Dienstag, dem 3. Mai, im Theater am Schiffbauerdamm zum ersten Mal für die Volkshäuser Kammerspiele „Jan der Wunderbare“ in Szene. Friedrich Kahler selbst spielt den „Wunder“, den „Vater“ Viktor Schwannede.

Einiger Kollaboratör. Georg Kolbe hat den Auftrag erhalten, für den Hamburger Stadtpark eine monumentale Figur zu schaffen. Der Künstler entwarf die überlebensgroße Gestalt einer trübsinnigen, nackten Frau, die den Kopf vom Boden erhebt. Es wird in Stein ausgeführt. Das Gipsmodell Kolbes ist zurzeit in der Frühjahrsausstellung der Berliner Akademie der Künste ausgestellt.

Wartburg-Malerei 1927. Vom 6. bis 8. Mai findet wiederum das große Wartburgfest des Vereins „Freunde der Wartburg“ in Wernitz und auf der Wartburg statt. Das Münchener Staatstheater wie die Weimarer Landesoper geben Gastspiele.

Eröffnung der Rathenau-Ausstellung in Frankfurt a. M. Die von Frau Kathline Rathenau zum Andenken an ihren Sohn Walter Rathenau dem Städtischen Institut gestiftete Gemäldesammlung ist zur Ausstellung gelangt und wird heute der Öffentlichkeit übergeben.

Die Bischöfe zur Schulfrage.

Ein Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz.

Die Fuldaer Bischofskonferenz, in der die katholischen Bischöfe Deutschlands vereinigt sind, hat einen Hirtenbrief zur Schulfrage erlassen, in dem für die katholischen Kinder eine Schule gefordert wird, die allen katholischen Anforderungen entspricht. Sache der katholischen Kirche sei es, zu bestimmen, welches diese Anforderungen sind. Sie verlange die Schule, in der katholische Kinder von ihren katholischen Lehrern im Geiste des heiligen katholischen Glaubens unterrichtet und erzogen werden. Dieses Ziel müßte auf allen Gebieten des Schulwesens für alle Kinder, die in der Schule ihre Erziehung genießen sollen, erreicht werden.

Die Forderungen der Bischöfe sind nicht neu. Die katholische Kirche hat seit jeher nicht nur katholischen Unterricht in allen Schulen, sondern auch die Konfessionierung des gesamten Schulwesens in katholischen Sinne verlangt. Diese Unabstimmtheit liegt im Wesen der katholischen Kirche. Man kann es ihr nicht verwehren, für ihre Ideale zu kämpfen.

Aber Kirche und Staat sind zweierlei. Sache des Staates ist es, darüber zu wachen, daß Staat und Volk nicht durch ausufernde Wünsche einzelner Kulturgesellschaften geschädigt werden. Es ist erinnerlich, mit welcher Kulturgesellschaften geschädigt werden. Es ist erinnerlich, mit welcher Kulturgesellschaften geschädigt werden. Es ist erinnerlich, mit welcher Kulturgesellschaften geschädigt werden.

Die außergewöhnlich entschiedene Sprache der Fuldaer Bischofskonferenz, ihre Forderung nach Konfessionalisierung des gesamten Schulwesens ist ein Symptom der Zeit. Sie sind eine Kampfanzeige an den Liberalismus, eine Kampfanzeige gegen den Geist des Protestantismus. Daß die evangelische Kirche sich bei dem Vorstoß der katholischen Kirche wenig wohl fühlt, darüber können sich auch die schönsten Resolutionen der Generalsynode zur Schulfrage nicht hinwegsetzen. Die evangelische Kirche war mit dem bisherigen Zustand sehr zufrieden, trotz gelegentlicher Differenzen bot ihr die Einheitschule die besten Chancen. Es ist deshalb nur zu verständlich, wenn jetzt der Evangelische Bund gegen Konfession und die katholischen Absichten beim Reichsschulgesetz aufmuckt.

Aber was nützen dem Evangelischen Bund die schönsten Aufrufe! Während die Hirtenbriefe in allen katholischen Blättern in großer Aufmachung verfaßt werden, muß sich der Evangelische Bund damit begnügen, daß keine Proteste an unscheinbarer Stelle in der „Täglichen Rundschau“ Erwähnung finden, wo sie niemand liest. Während das Zentrum seine ganze Kraft dafür einsetzt, um die Schulwünsche der römisch-katholischen Kirche zu befriedigen, wird sich die Deutschnationale Volkspartei bestimmt nicht wegen der Sache des Protestantismus in Unkosten kürzen. Und die Volkspartei? Herr Stresemann ist nicht umsonst zum Verräter des evangelischen Liberalismus geworden, eher der Hahn dreimal krähte.

Bislang: Deutschnationale und Volkspartei führen ihr Christentum im Munde, wenn sie die Hilfe der Evangelischen brauchen, oder der Sozialdemokratie eins auszuweichen wollen, und kümmern sich im übrigen nicht um die Belange der evangelischen Kirche. Das Zentrum schweigt und handelt im Interesse der römisch-katholischen Kirche.

Ministerpräsident und Beamtenschaft.

Verurteilung wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten.

Das Große Schöffengericht in Lod hat den verantwortlichen Schriftleiter der „Ander Zeitung“, Helmuth Rosenfeld, und den Herausgeber des „Täglichen Dienstes für nationale Zeitungen“, Major a. D. von Jeklin-Berlin, wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun zu 300 bzw. 500 Mark Geldstrafe verurteilt und den Angeklagten die Tragung der Kosten des Verfahrens auferlegt. Von der Staatsanwaltschaft ist gegen das Urteil Berufung eingelegt worden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst hierzu mitteilt, hatte die „Ander Zeitung“ am 1. November 1928 über eine Rede des Ministerpräsidenten im Allgemeinen Deutschen Beamtentag einen Artikel mit der Überschrift „Eine unglückliche Entscheidung“ veröffentlicht, in dem es hieß, der Ministerpräsident habe „im Laufe seiner Ausführungen auf jener Kundgebung auf das Niveau eines wüsten Vorkredners begeben, und zwar in dem Augenblicke, als er von den anwesenden Gefahren sprach, die dem Berufsbeamtentum drohen“. Seine Äußerungen, so wurde weiter gesagt, stellen nicht nur eine Verhöhnung, sondern auch eine Verunglimpfung eines großen Teiles der Beamtenschaft dar, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden konnte. Der Artikel der „Ander Zeitung“ war dem „Täglichen Dienst für nationale Zeitungen“ entnommen.

Mäßigend für die Stellung des Straftrages war, daß der preussische Ministerpräsident Braun als Chef der preussischen Regierung der besonders gefährlichen und gehässigen Behauptung entgegenzutreten mußte, daß er einen großen Teil der Beamtenschaft in seiner Rede verhöhnt oder verunglimpft hätte. Der wirkliche Zweck seiner Rede ist in Wahrheit gerade die Herstellung inniger Beziehungen zwischen dem neuen Staat und der Beamtenschaft gewesen.

Das vernachlässigte Schlesien.

Niedererschlesische Industrielle gegen Bürgerblock.

Breslau, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Bund Niedererschlesischer Industrieller hat gegen den Abschnitt im Finanzausgleich des Bürgerblocks, der die Zuschüsse an die preussischen Ostprovinzen erheblich verkürzt, einen scharfen Protest erlassen. Der Industriellenbund erklärt in Uebereinstimmung mit den Sozialdemokraten und den Demokraten, daß diese Kürzung von lebensnotwendigen Zuschüssen einen Bruch von Versprechungen an den notleidenden Osten darstellt.

Überdies wird in der Entschließung nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der gesamte Bürgerblock der beanstandeten Regelung im Interesse Bayerns und der reaktionären Finanzpolitik des jetzigen Regierungskurses im Reiche zugestimmt hat, ebenso wie die preussische Regierung für ihre rechtzeitigen Warnungen vor dieser Vernachlässigung des deutschen Ostens keine besondere Anerkennung erhält. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß die Finanzpolitik des Bürgerblocks jetzt von einer großen Industriellenorganisation verurteilt wird, deren leitende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei nahe stehen.

Kampf im Freidenkerbund.

KPD., USPD., Soz. Bund und Freie Arbeiterunion gegen die Sozialdemokratie.

Nachdem die KPD. in den Gewerkschaften, in der Konsumgenossenschaft usw. abgewirkt hat, hat sie nun ein neues Tätigkeitsgebiet zur Anbringung revolutionärer Hirngespinnste in den Sportvereinen und besonders im Freidenkerverein entdeckt. Daß ihr dabei jedes Mittel recht ist, beweisen nicht nur Artikel in der „Roten Fahne“, sondern auch die häufigen Rundschreiben der Fraktion „Entschiedene Freidenker“.

In den Richtlinien für die Arbeit in den Freidenkerorganisationen heißt es unter 1. Verein der Freidenker für Feuerbestattung. In Berlin 250 000 Mitglieder, Bedingung: Kirchenaustritt; finanzielle Kräfte, monatliche Zeitung, treibende Kraft in der Arbeitergemeinschaft freigeistiger Verbände, feste Organisation usw. Hier scheint es der KPD. der monatlich erscheinende „Freidenker“ angehen zu haben, der unbedingt in der Münzstraße redigiert werden müßte, deshalb wohl unter 5 der Hinweis, Einfluß auf die Presse („Freidenker“ Berlin und „Mittel“ Leipzig, früher Organ der Gemeinshaft proletarischer Freidenker). Dann: feste Organisation, die unbedingt zerfallen werden muß, um die kommende Weltrevolution voranzutreiben. Nachdem dann noch organisatorische Richtlinien festgelegt sind, wie im Verein der Freidenker für Feuerbestattung zu arbeiten ist, u. a.: Abgrenzung gegen Adolph Hoffmann und Dr. Krieger, heißt es zum Schluß: Auf Jugendweihen; nur bei diesen Sicherungen: Unser Unterricht, unsere Ausgestaltung, unsere Redner, sonst keine Verbindung! Hier liegt auch wohl der Schlüssel zu den hysterischen Artikeln in der „Roten Fahne“ über die Spaltung der gemeinsamen Jugendweihen durch die USPD. Deshalb wohl auch der

Mißbrauch mit dem Namen „Freidenker“.

„Proletarische Freidenkerjugendweihen“ nannten die Kommunistische Partei, der Kommunistische Jugendbund, Jung-Spartakusbund, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Sozialistischer Bund und Freie Arbeiterunion die von ihnen aufgelegten Jugendweihen, unter Benützung des Materials des Verbandes der Freidenker, mit Unterstützung der Freidenkerfunktionäre, die gleichzeitig Mitglied einer der obengenannten Parteien waren. Ein in der proletarischen Bewegung immerhin seltenes Vorwissen. Wie die von der KPD. geforderte Einheitsfront aussieht, ist schon des öfteren gesagt worden, lassen wir deshalb die „Rote Fahne“ auszugeweiht selber sprechen. In Nr. 51 vom 2. März 1928 schreibt sie unter anderem:

Viele Genossen in den Kultur- und Sportorganisationen begreifen aber noch immer nicht das Wesen der Einheitsfronttaktik und begehen bei ihrer Durchführung schwere Fehler. Sie sehen das Wesen der Einheitsfronttaktik hauptsächlich in einer organisatorischen Verschmelzung von Vereinen. Sie sträuben sich gegen diese Verschmelzung und sehen nicht, daß es sich darum handelt, die politische Führung der Massen zu erobern und daß die organisatorische Verschmelzung nur ein Mittel ist neben anderen, um dieses Ziel zu erreichen. Ueber ihrem Verein, der in ihrer Hand ist, ja oft nicht einmal das, der ihnen ans Herz gewachsen ist, vergessen die Genossen die große Massenbewegung, der sich die

kleinen Vereine und ihre Ziele unterordnen und die sie fördern müssen. Der Vereinsgeist vieler Genossen ist zu stark, ihre Parteidisziplin zu schwach entwickelt. Sie fühlen sich enger mit den nicht-kommunistischen Mitgliedern ihres Vereins verbunden, als mit den Parteigenossen eines konkurrierenden Vereins. Solche Fehler einzelner Kommunisten können in letzter Zeit vor bei den Freidenkern, bei den kommunistischen Sängerbänden und bei dem SPD.

Wie sich die KPD. die Einheitsfront denkt, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß sie gegen Mitglieder ihrer Partei, die als Delegierte des „Verbandes für Freidenkertum“ anlässlich einer Generalsynode für einen SPD-Genossen gestimmt haben, ein Ausschlußverfahren (aus der KPD.) einleitete. Was die KPD. von dem am 29. April zu wählenden Funktionären für Freidenkertum verlangt, sagt die „Rote Fahne“ in der Nr. 93 vom 21. April, überschrieben: „Janfaren, nichts als Janfaren“, der bezeichnenderweise neben einem Artikel „Rom in Berlin“ steht. Der Verfasser fragt: Was haben die Freidenkerleitungen getan, um eine möglichst einheitliche proletarische Kulturfront zu schaffen? Antwort: Die Freidenkerleitung ist

den Parolen der KPD. nicht gefolgt.

Wie hat sich gelegentlich der vorjährigen Elternbeiratswahlen nicht für die kommunistische Liste „Kind in Rot“ ohne weiteres eingeleigt. Sie haben sich nicht dem Kuzinsky-Ausschuß unüberlegt angeschlossen. Sie haben sich nicht an dem sogenannten Kongress der Werttätigen beteiligt, so daß die üblichen Statistiken gestellt werden mußten. Sie haben keine Freidenkerdelegation nach Ausland entsandt. Sie haben anlässlich der letzten Jugendweihen die Beschlüsse der Reichsarbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände, als für sie maßgebende Zentralorganisation, durchgeführt und haben sich nicht den Beschlüssen der KPD. und ihrem Anhang gefügt. Welt die Freidenkerleitungen sich nach ihren von der Generalsynode beschlossenen Statuten gerichtet haben, müßten sie durch Moskauererleht werden. Die KPD. will eben, daß in Zukunft der Verband für Freidenkertum nach den Parolen der Münzstraße geleitet werden soll und nicht nach den Satzungen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung. So steht in einem Flugblatt, das von der KPD. des 11. Bezirks (Schöneberg) herausgegeben wurde, in dem zu einer Demonstration am Sonntag, dem 24. April, nach dem Rudolf-Wilde-Platz aufgerufen wird, um für den geplanten Generalkongress am 7. und 8. Mai zu demonstrieren, auch die Unterschrift: Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Unterbezirk Schöneberg-Friedenau.

Wollt ihr noch länger mit ansehen, wie die KPD. den Verband für Freidenkertum verfaßt für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen? Nein, das ist nicht euer Wille! Darum sucht die in allen Bezirken am Freitag, dem 29. April, stattfindenden Mitgliederversammlungen, macht von eurem Mißbestimmungsrecht Gebrauch. Wählt die von den Funktionären der SPD. vorgelegten Gesinnungsfreunde! Ruhe und Entschlossenheit verbürgen den Sieg!

Veruntreutes Heeresmaterial!

Eigentümliche Munitionsfunde an zwei Stellen.

In einem Keller unter dem Lustspielhaus in der Friedrichstraße 236 sind in der Nacht zum Dienstag von der Kriminalpolizei mehrere hunderttausend Patronen beschlagnahmt worden. Gerade in diesen Tagen, wo von unverantwortlicher Seite aus die hauptstädtische Bevölkerung immer von neuem durch Alarmnachrichten über den bevorstehenden Ausmarsch des Stahlhelms in Erregung versetzt wird, muß eine solche Meldung natürlich Aufsehen hervorrufen. Gewiß handelt es sich nur um Patronen, aber auch diese sind befanntlich, aus nächster Nähe abgeschossen, nicht ungefährlich, und schon das Herumknallen mit Patronen ist geeignet, unter den Straßenpassanten Schrecken zu verbreiten. Besonders interessant ist bei unseren Feststellungen, daß die Patronen angeblich als Schrott von einem Truppenteil der Reichswehr verschoben werden sollten, um aus dem Erlös des Verkaufs andere Bedürfnisse zu befriedigen. Von Bedeutung wäre es da doch, zu erfahren, welche besonderen „Bedürfnisse“ die betreffende Reichswehrstelle befriedigen wollte. Ist der Reichswehrretat noch immer nicht hoch genug?

Wir erfahren weiterhin folgende Einzelheiten: Unter dem Grundstück Friedrichstraße 236 ziehen sich größere Kellerräume hin. Am Dienstag nachmittag fuhr auf dem Hof mehrere große Lastwagen vor, von denen zahlreiche schwere Kisten abgeladen und in einen Lagerkeller transportiert wurden. Von einem Angestellten des Lustspielhauses wurde die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt, die sofort mehrere Beamte entsandte und das Lager ausheben ließ.

Wie wir weiter erfahren, gehören die Kellerräume unter dem Lustspielhaus der Eisenfirma Walter Hirsch, Friedrichstraße 16. Die Firma selbst bestreitet dies freilich.

Eine weitere verdächtige Kistenfundung wurde vor einiger Zeit bei dem Spediteur Sch. in der Schlesischen Straße 25 auf Lager gestellt. Auf eine Anzeige hin erschienen mehrere Kriminalbeamte bei der Speditionsfirma und nahmen eine Untersuchung der Sendung vor, die unter der Deklaration „Leuchtkörper — feuergefährliches Gut“ nach hier beordert worden war. Sämtliche Kisten enthielten Leuchtpatronen. Der Eigentümer der Leuchtpatronen konnte bisher nicht ermittelt werden, doch gehen die Ermittlungen nach dieser Seite hin beschleunigt weiter.

Vom Polizeipräldium ergeht zu den Munitionsfunden noch folgende amtliche Mitteilung: „Am 27. April hat die Abteilung 1a des Polizeipräldiums auf Ersuchen des Bekehrungskommandos III im Hause Friedrichstraße 236 etwa 500 000 Patronen, die dort im Lagerkeller der Firma Hirsch untergebracht waren, beschlagnahmt und sichergestellt, da der dringende Verdacht besteht, daß diese Patronen unrechtmäßig aus Heeresgut entnommen worden sind. Die weiteren Ermittlungen sind noch im Gange. Ferner hat die Abteilung 1a am gestrigen Tage bei dem Spediteur Schürcke, Schlesische Str. 25, 60 Kisten mit je 1000 Leuchtpatronen sichergestellt. Diese Kisten sind am 29. März 1927 in die Lagerräume der Firma gekommen und lagerten dort für einen Spediteur in Hamburg. Der Eigentümer der Leuchtpatronen ist nicht bekannt. Auch in diesem Falle sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.“

Am einer Nachtzeit willten hat sich ein Briefträger ins Unglück gebracht. Der jetzt 31 Jahre alte Mann trat mit 17 Jahren in den Postdienst ein und war in der letzten Zeit auf dem Amt

W 62 beschäftigt. Unregelmäßigkeiten, die dort entdeckt wurden, lenkten den Verdacht der Unreue auf ihn, und es ergab sich bald, daß die Spur richtig war. Der Briefträger hatte seit November o. S. 20 Briefe, die Geld enthielten, unterschlagen und so etwa 100 Mark an sich gebracht. Der Mann, der verheiratet ist, litt nach seiner eigenen Angabe zu Hause keine Not. Um so unverständlicher ist es, daß er um einer so geringfügigen Summe willen seine Existenz aufs Spiel gesetzt hat.

Autobusunfall am Schöneberger Ufer.

Am Schöneberger Ufer, zwischen der Potsdamer und Magdeburger Straße, ereignete sich heute mittag gegen 11 Uhr ein schwerer Autobusunfall. Der Führer eines von Hasenlee in Richtung Potsdamer Platz fahrenden Autobusses der Linie 1 wollte einen vor ihm fahrenden Kraftwagen überholen. Der Autobus geriet zu nahe an den Bürgersteig, so daß sich das Oberdeck in einer Baumkrone verfangen. Durch die Gewalt des Anpralles wurde der starke Baum buchstäblich enturzelt. Sämtliche Scheiben des Kraftwagens gingen in Trümmer. Zum Glück wurden nur einige Fahrgäste leicht verletzt. Der schwerbeschädigte Autobus mußte abgeschleppt werden. Die Schulfrage bedarf noch der Klärung.

Strohhut-Reicheshau.

Wenn auch der Wettergott wenig dazu tut, so ist nun einmal laut Kalender Frühling, dem in Bälde der Sommer folgen soll. Die Hutmacher behaupten nun, daß auch die Modefrage der Männer der Klärung für die kommende Saison bedarf, und man hat in der Hutbranche den im vorigen Jahr neuerweckten Strohhut als den Sommerhut erklärt. In diesen Tagen veranstaltet das Modeamt der Hut- und Mützenbranche eine Hutreiheschau: in elfhundert Orien des Reiches werden in 11 000 Schaufenstern die Saisonhüte zu sehen sein. Der diesjährige Strohhut ist aus lustigen, stark durchlässigen Stoffarten herzustellen, für Sportweide mit blauem oder schwarzem Bande, für die Strohhüte mit einem braun oder rotlich geölten Bande garniert. Ein ausgeprochenes Pech ist es allerdings, daß die vorjährige wie die diesmalige Propaganda unter ausgesucht schlechtem Wetter zu leiden hatten, wodurch die Veranstaltung einen etwas verfrühten Charakter trägt.

Eisenbahnunglück in Thüringen.

Eine Frau getötet. — 12 Personen verletzt.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern abend gegen 10 Uhr auf Geraer Gebiet in Thüringen zugetragen. Infolge Schienenbruches verunglückte der 10.10 Uhr in Weida einlaufende Zug bei der Haltestelle Schuepfl. Sieben Wagen wurden umgestürzt. Bis jetzt sind eine Tote und zwölf Schwerverletzte geborgen.

Leipzig, 28. April. (M.T.B.) Zu der Jugentgleisung bei Weida teilte die Eisenbahndirektion Leipzig mit:

„Am Mittwoch, dem 27. April, abends gegen 10 Uhr, ist der Personenzug 2261 Rehltheuern-Weida kurz vor dem Haltepunkt Schuepfl zwischen den Bahnhöfen Triebes und Loisch-Hohenleuben mit vier Personen- und drei Güterwagen entgleist. Vier Wagen dreier und vierter Klasse sind umgestürzt. Getötet ist Frau Amisgerichsrat Dueschel aus Weida. Schwer oder leichter verletzt sind zwölf weitere Personen, und zwar aus Gera und Weida. Zwei Verletzte aus Triebes und ein Arzt aus Weida leisteten die erste Hilfe. Zwei Hilfszüge aus Gera waren gegen 12 Uhr nachts zur Stelle. Der Durchgangsverkehr ist zunächst gesperrt; der Personenzug wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten, dies wird voraussichtlich bis zum Abend des 28. April dauern. Die Ursache der Jugentgleisung ist noch nicht bekannt.“

Das arbeitende Berlin

muß zeigen, daß es die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung ist, indem es geschlossen demonstriert am 1. Mai!

